Heute „Technische Rundschau"

Morgen-Ausgabe

Einzelnummer 1 M.

Erscheint wöchentl. zwölfmal. Illustr. Gratis-Wochenschriften: Sonntags „Der Welt-Spiegel", Dienstags „Modenspiegel", Mittwochs „Technische Rundschau", Donnerstags „Sportspiegel", Freitags Wirtschaft „I. L. K.", Sonnabends „Haus und Garten". Man abonniert bei allen Postanstalt. Deutschlands, Deutsch-Oesterreichs, d. tschechoslowak. Staates, Ungarns, d. Schweiz, Luxemburgs, Belgiens, Frankreichs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Finnlands, Lettlands, Estlands; f. alle übrig. Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch d. Exp. d. Bl. mögl. Bezugspreis: Durch d. Post monatl. 35.— M. einschl. Zustellung, Ausland zuschl. Postaufschlag; für Berlin u. Vororte monatl. 35.— M. bei täglich zweimal. Zustellung ins Haus. Im Falle höh. Gewalt od. Streiks haben unsere Bezieh. kein. Anspr. auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechend. Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46-49 und den Filialen (Feenspr.: Zentrum 10131—10144, f. d. Fernverk. 14207—14208.) Tel.-Adr.: „Berlitbla", Berlin. Insertionspreis: Die 12gespaltene Zeile 25.— M., Stellen-Gesuche u. Familien-Anzeigen 15.— M., Nachrufe nach tabl. Tarif. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmten Stellen wird nicht gewährleistet.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46-49. Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdamer Str. 38; Zimmerstr. 39; Königstr. 56/57; Potsdamer Str. 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz: Kopenick. Str. 67/68; Rathenow. Str. 8; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Rochstraße 9; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 286 u. 346; Hildegardstr. 69; Hildebrandstr. 9; Wiener Str. 1/3; Grellsmalder Str. 197; Hasenhaide 1; Müllerstr. 153; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 84; Scharrenstr. 59; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunew.: Hentelenpl.; Lichterfelde: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 90/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/48; Bankow: Bornholmer Str. 1; Schöneberg: Hauptstr. 28; Schmargendorf: Berlin Str. 8; Schöneberg: Hauptstr. 23/24, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 120; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krullstr. 7; Westend: Ehrenstr. 198; Wilmersdorf: Uhlandstr. 68; Kaiserpl. 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau, Schweidnitzer Str. 21/22; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Britzkestr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 25; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Parabepl. 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

# Berliner Tageblatt

Nr. 149 (Ausgabe für Berlin) und Handels-Zeitung Mittwoch, 29. März 1922 51. Jahrgang

# Das klare Nein des Reichskanzlers.

## Dr. Wirth lehnt mit Entschiedenheit die Steuerforderungen der Entente und jeden Eingriff in die Souveränität des Reiches ab. — Starker Eindruck im ganzen Hause.

## Die gestrige Reichstagssitzung.

### Die Erklärungen des Reichskanzlers und der ersten Parteiredner.

Von

**Erich Dombrowski.**

Diesmal haben sich die Parteien nicht, wie bisher in entscheidenden politischen Momenten, auf die Reparationsnote gestürzt und sofort dazu Stellung genommen. Diese Voreiligkeit führte früher immer wieder zu jenem unerquicklichen Hin und Her zwischen den einzelnen Fraktionen und schließlich zu einem parteipolitischen Diktat das man der Regierung gewissermaßen aufzwang. Jetzt ließ man dem Kabinett Zeit, erst einmal selbst mit sich ins Reine zu kommen. Man überließ ihm willig die Führung und tat recht daran. Als das Kabinett dann zu einem bestimmten Entschluß gekommen war, wurden nicht nur die Ministerpräsidenten sämtlicher Länder, sondern auch die Führer der Kompromißparteien über die Absichten der Regierung verständigt. Diese Methode ruhigen, sachlichen Zusammenarbeitens unter Ausschaltung aller persönlichen Zwischenträgereien hat sich außerordentlich bewährt. Zwar glaubten die rechtsstehenden Blätter, gleich nach Eintreffen der Reparationsnote, eine Regierungskrise an die Wand malen zu können, aber die Zurückhaltung der anderen Parteien hat allen Versuchen einer innerpolitischen Giftmischerei den Boden entzogen.

So konnte der Reichskanzler, als er gestern die programmatische Erklärung der Regierung zur Reparationsnote verlas, sich von vornherein auf eine große Mehrheit im Reichstag stützen, die von der Deutschen Volkspartei über die Demokratie, das Zentrum und die Sozialdemokratie bis in die Reihen der Unabhängigen reichte. Kein Mißklang störte den Verlauf der gestrigen Sitzung. Selbst unter den Kommunisten herrschte das Schweigen des Waldes. In allen grundsätzlichen Punkten stimmte das Haus, fast geschlossen, ostentativ dem Kanzler zu, und niemand der den Verhandlungen beiwohnte, wird sich eines starken Eindrucks erwehren können. Rhetorische Lorbeeren wollte Dr. Wirth gestern nicht pflücken, denn er hielt sich eng an das Manuskript. Ueberblickt man jedoch das Ganze, so hat er klar und scharf herausgearbeitet, was in dieser Stunde zu sagen war. Die sechzig Milliarden neuer Steuern lehnte er rundweg ab, weil diese Forderung einfach unerfüllbar sei. Er müsse kurz, bestimmt und eindeutig feststellen, daß auch die Fristsetzung für die Beschlußfassung dieser Steuern eine völlig unmögliche Bedingung und Zumutung sei. Die Note der Reparationskommission habe im übrigen schon heute das Gegenteil von dem erreicht, was sie beabsichtigt habe. Statt den Etat zu sanieren, habe sie ihn durch den neuen Sturz der Mark weiter verschlechtert. Das Defizit des Haushalts sei dadurch um 28 Milliarden auf 224 gestiegen.

Ebenso energisch wandte sich Dr. Wirth, in deutlich sichtbarer Erregung, gegen den Versuch der Reparationskommission, in die Hoheitsrechte der Nation und in die gesetzgeberischen Befugnisse des Reichstags einzugreifen. Wenn nach dem Sinne der Kommission bei jeder größeren Steuerbehörde Kontrollorgane der Alliierten in Funktion treten sollten, so sei das eine Zumutung, der sich keine deutsche Regierung im Interesse des verarmten und notleidenden Volkes unterwerfen dürfe. Der Kanzler fand dabei, im weiteren Verlauf seiner Rede, treffende Worte über das ganze Unwesen der sogenannten alliierten Kontrollkommissionen, die auch dort kontrollierten, wo nichts mehr zu kontrollieren sei. Stürmischer Beifall. Dann fing er den Pfeil, den die Alliierten in dem Begleitschreiben zur Note gegen ihn abgeschossen hatten, geschickt auf und wies die Entente darauf hin, daß sie ausdrücklich während der Versailler Friedensverhandlungen erklärt habe, die Reparationskommission solle nicht befugt sein, Deutschland seine innere Gesetzgebung zu diktieren und insbesondere die Ausschreibung und Einziehung von Steuern anzuordnen. Wiederum lebhafter Applaus.

Soweit die negativen Feststellungen des Kanzlers, die auch wir nach jeder Richtung hin unterschreiben. In diesen prinzipiellen Fragen darf es kein Drehen und Deuteln geben, und wir erwarten, daß die Regierung in allen weiteren Phasen der Entwicklung fest und stark bleiben wird. Aber die Ausführungen Dr. Wirths zeigten gleichzeitig auch die Wege, wo sich die Wünsche der Reparationskommission mit den Bestrebungen der Reichsregierung decken. Auch wir, betonte er, wollen auf eine noch sparsamere Wirtschaft in der gesamten Reichsverwaltung drücken. Doch darf man dabei nicht übersehen, daß dadurch keineswegs viele Goldmillionen herauszuwirtschaften sind. Der Etat für 1922, der der Reparationskommission vorlag, sieht mehr als zwei Drittel der Ausgaben für die Entente und nur ein Drittel für das Reich vor. Trotzdem soll fernerhin sogar an den sozialen und kulturellen Ausgaben gespart werden. Der Kapitalflucht zu begegnen, liegt auch im Interesse Deutschlands. Allerdings werden wirksame Maßnahmen erst durch ein internationales Zusammengehen möglich sein. Auch die von der Entente verlangte Autonomie der Reichsbank wird keine Schwierigkeiten machen. Desgleichen die Wiederaufnahme der deutschen Statistik. Bleibt nur noch das Problem der Anleihe übrig. Die Zwangsanleihe ist, wie der Kanzler mit einem leisen ironischen Unterton bemerkte, von der Reparationskommission kaum registriert worden, und doch geht sie in ihrem finanziellen Effekt über die verlangten sechzig Milliarden Papiermark neuer Steuern hinaus. Ob das System der inneren Anleihe weiter ausgebaut werden kann, ist zu erwägen, indessen nur im Zusammenhange mit der gesamten Steuergesetzgebung. Voraussetzung dazu ist eine äußere Anleihe. Die aber ist nur dann möglich, „wenn die Hindernisse beseitigt würden, die in dem Vertrage von Versailles und in seiner Handhabung durch die Reparationskommission von dem Weltkapital erblickt werden." Wie sich mit einer äußeren Anleihe die Auflegung einer Zwangsanleihe kombinieren läßt, bildet bereits den Gegenstand einer eingehenden Prüfung. Was Deutschland aber vor allem braucht, ist eine längere Atempause, um zunächst die Mark zu stabilisieren. In der Tat, von einer Währungsreform hängt alles übrige automatisch ab. Bietet uns die Entente nicht die Hand dazu, so wird alles Mühen umsonst sein, und wenn die Reparationskommission oder der Oberste Rat alle zwei Monate neue Zahlungspläne, neue Bedingungen und neue Diktate uns aufgibt. Man sollte doch nicht vergessen, daß die erste Kundgebung der Reparationskommission im Mai 1920 Deutschland von zwei bis sechs Goldmilliarden anstegende Annuitäten auferlegte, die zuzüglich einer zwölfprozentigen Ausfuhrabgabe in 42 Jahren insgesamt 226 Milliarden Goldmark ausmachten. Im vergangenen Jahre reduzierte das Londoner Ultimatum diese Zahlungsverpflichtung auf jährlich zwei Goldmilliarden und eine 26prozentige Exportabgabe. Jetzt hat man sie, vorerst wenigstens, auf 720 Millionen Goldmark und 1450 Millionen Sachleistungen herabgesetzt. Aber selbst das können wir heute, morgen und übermorgen nicht bezahlen, weil wir wirtschaftlich und finanziell einfach nicht dazu imstande sind. Ganz besonders nicht unter den erdrückenden Bedingungen, die die Reparationskommission mit diesem sogenannten Moratorium verknüpft hat.

Ein demokratischer Finanzpolitiker hat in diesen Tagen vor einem kleineren Kreise die Sachlage drastisch so charakterisiert: Das deutsche Finanz- und Wirtschaftsleben gleicht einem See, dessen Pegel früher, vor dem Kriege, anzeigte, daß ein Dollar gleich 4,20 Mark war. Mittlerweile ist aus dem See durch allerhand Schleusen und Abflüsse soviel Wasser entnommen worden, daß der Pegel heute bereits einen Dollar gleich 330 Mark angibt. Je mehr die Entente der deutschen Volkswirtschaft also entzieht, umso ungünstigere Ziffern wird der Pegel aufweisen. Die Alliierten glauben, daß das deutsche Wirtschaftsleben, weil die Ziffer der Arbeitslosen verhältnismäßig gering ist heute in voller Blüte steht. Aber der Schein trügt. Die Börse ist das beste Barometer dafür. Die Kurse der Effekten gehen schon seit Wochen nicht mehr mit der Valutahausse mit. Eine allgemeine Geldknappheit macht sich bemerkbar. Die Banken überlegen es sich zehnmal, ob sie noch weiteren Kredit gewähren sollen. Vor allem ist es die verarbeitende Industrie, die nur noch mit Schwierigkeiten ihren Verpflichtungen für die Bezahlung der bezogenen Rohstoffe, für die Löhne und für die Fülle von Steuern, die jetzt alle so ziemlich auf einmal eingezogen werden, nachkommen kann. Die Entente scheint die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands sehr oberflächlich vorgenommen zu haben. Denn sonst müßte sie wissen, daß die deutschen Unternehmungen heute mit 35 Prozent Körperschaftssteuer, daß die Dividenden mit 10 Prozent Kapitalrentensteuer, und daß das Einkommen bis zu 60 Prozent versteuert wird. Dazu tritt auch noch die lokale Gewerbesteuer. Alle diese Steuern zehren, ganz abgesehen von der Vermögens- und der Nachlaßsteuer, von demselben Knochen des Produktionskapitals. Wo bleibt da noch eine Lücke, die steuerlich ausgefüllt werden kann? Wir sind tatsächlich an der Grenze angelangt. Keine deutsche Regierung wäre daher in der Lage, den exorbitanten steuerlichen Wünschen der Entente nachzukommen. Ohnehin droht dem deutschen Wirtschaftsleben bei einem weiteren Fallen der Mark und bei der Einziehung der neuen Steuern eine Belastungsprobe, die sie wahrscheinlich ohne schwerste Krise nicht wird ertragen können. Deutschland kämpft also in der Abwehr der Reparationsnote um seine wirtschaftliche und auch um seine politische Existenz, da ein Eingriff in die Souveränität des Staates, wie ihn die Entente beabsichtigt, keine Regierung und kein Parlament verantworten könnte. Das kam unzweideutig auch in der abgeklärten Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Stampfer zum Ausdruck. Mit Recht wandte er sich auch gegen die Deutschnationalen, die dem Schlag der Reparationskommission von vorn gegen die Regierung einen Stoß von hinten hinzugefügt hätten. Die deutschnationale Parteipolitik, die in diesem Augenblicke über das angebliche Fiasko der deutschen Regierungspolitik triumphieren zu können glaubte, konnte nicht besser charakterisiert werden. Im übrigen mußte auch Dr. Hergt gestern anerkennen, daß der Reichskanzler die Pariser Forderungen mit der nötigen Energie zurückgewiesen habe.

Heute wird die große politische Aussprache fortgesetzt werden.

* * *

## Der Wortlaut der Kanzlerrede.

196. Sitzung. Dienstag, 28. März, 2 Uhr nachm.

Das Haus ist sehr stark besetzt, desgleichen die Regierungsbänke, auf denen fast das gesamte Kabinett sowie sehr zahlreiche Vertreter des Reichsrats anwesend sind. Auch die Tribünen sind bis auf den letzten Platz gefüllt.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 2¼ Uhr und gibt nach kurzen geschäftlichen Mitteilungen sofort zu dem einzigen Punkt der Tagesordnung: „Entgegennahme einer Erklärung der Regierung" das Wort dem

Reichskanzler Dr. **Wirth:**

Die Bezeichnung „Steuerkompromiß" kennzeichnet die Tatsache, daß es nur nach langen Bemühungen gelungen ist, für die neue große Steuerbelastung in einer Zeit höchster wirtschaftlicher Unsicherheit eine so große parlamentarische Mehrheit zu finden. Die beiden Parteien, die das Kompromiß von links und rechts stützen, haben unter Zurückstellung schwerer parteipolitischer und wirtschaftlicher Interessen an den 14 neuen Steuergesetzen mitgewirkt und schließlich durch die Einbeziehung der Zwangsanleihe in das Mantelgesetz dem Reiche eine zusätzliche Einnahme von einer Milliarde Goldmark gesichert, wovon der größte Teil noch die Lasten des Jahres 1922 tragen soll. Regierung und Parteien hofften, durch diese Sanierung der Finanzen die auswärtige Politik des Reiches zu fördern, das Problem der Reparationsleistungen allmählich so zu lösen, daß zwischen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands und seinen Lasten ein vernünftiger Ausgleich gefunden wird. Man kann also wohl mit Recht das Steuerkompromiß einen integrierenden Bestandteil unserer auswärtigen Politik nennen und daraus folgern, daß, wenn das Steuerkompromiß von innen oder außen gestört wird, damit auch die auswärtige Politik der Regierung in Frage gestellt ist. Diese Störung ist in der Tat von außen erfolgt durch die Note der Reparationskommission an die Regierung und das Schreiben an den Reichskanzler. Die beiden Noten der Reparationskommission sind die Entscheidung auf das Stundungsgesuch, das die Reichsregierung am 14. Dezember 1921 wegen der im Januar und Februar fälligen Reparationszahlungen in bar an die Reparationskommission richtete und auf unsere Note vom 28. Januar, in der wir der Reparationskommission das verlangte Reformprogramm für den Haushalt und den Notenumlauf mit geeigneten Garantien und unsere Ausführungen für die Barzahlungen und die Sachleistungen für 1922 unterbreiteten. Das Stundungsgesuch war die Folge unseres Schrittes bei der Bank von England, um für die Januar- und Februarzahlungen, die wir aus eigenen Mitteln nicht leisten konnten, einen langfristigen oder kurzfristigen Kredit zu erhalten. Die Bank von England erklärte, sie könne Deutschland keinen Kredit gewähren, solange es unter den unerfüllbaren und mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands nicht zu vereinbarenden Zahlungsbedingungen des Londoner Ultimatums stehe. (Hört, hört!) Im Anschluß an die Besprechungen des Herrn Dr. Rathenau in London erfolgte die Zusammenkunft des Herrn Briand mit Herrn Lloyd George in London, deren Ergebnis das Londoner Protokoll war. In diesem wurden die Zahlungen Deutschlands in bar und seine Sachleistungen für 1922 herabgesetzt unter Bedingungen und Garantien, unter denen diese vorläufige Abänderung des Londoner Zahlungsplans Deutschland bewilligt werden sollte. Zugleich kamen die französische und englische Regierung überein, in Cannes unter Zuziehung und Anhörung deutscher Vertreter endgültig darüber zu beschließen.

Dieser Plan wurde zwar in Angriff genommen, die Konferenz fand statt, und der deutsche Vertreter wurde in Cannes gehört, aber die Entscheidung der Konferenz wurde unmöglich, weil sich während der Canner Verhandlungen in Frankreich der Regierungswechsel vollzog, der Poincaré zur Führung der Geschäfte berief. Die unmittelbare Folge dieses Ereignisses — die ganze Tragweite für die Geschichte Europas in dieser tragischen Epoche seiner Entwicklung kann heute niemand ganz abmessen — war die Ueberweisung des deutschen Stundungsgesuches an die Reparationskommission, an jene interalliierte Behörde, welche mit weitgehenden Befugnissen als Ueberwachungs- und Vollzugsorgan des Versailler Friedens eingesetzt wurde. Nachdem die Reparationskommission am 13. Januar eine vorläufige Entscheidung